

## AKTUELL

ABFALL

# Falsch weggeworfen

Joël Adami

**154 Kilo Restmüll produziert jede\*r Einwohner\*in Luxemburgs im Jahr. Die Menge ist in letzter Zeit gesunken, doch weiterhin landet viel zu viel in der grauen Tonne, was dort nicht hingehört.**

Am vergangenen Dienstag präsentierte Umweltminister Serge Wilmes (CSV) die Ergebnisse der aktuellen Restmüllanalyse. Hierzu wurden in insgesamt 15 Gemeinden Stichproben genommen, diese wurden in mühevoller Kleinstarbeit sortiert und analysiert. Zwar wird stetig weniger Restmüll produziert – doch beinahe drei Viertel davon könnte eigentlich noch (wieder)verwertet werden.

Statistisch gesehen wirft jede Person in Luxemburg im Jahr 154 Kilo Abfall in die „graue Tonne“. In ländlichen Gemeinden etwas weniger, in städtischen etwas mehr. „Wir sind auf einem guten Weg, aber es ist noch Potenzial da“, beschreibt Wilmes die Situation. Dabei handelt es sich bei 37 Prozent – 57 Kilo pro Person pro Jahr – des vermeintlichen Restmülls um organische Abfälle. Nicht nur, dass viele Menschen in Luxemburg weder kompostieren noch die Biotonne benutzen – die Analyse identifizierte etwa 20 Kilo als „vermeidbare Küchenabfälle“, nicht wenig davon originalverpackt. EU-weit liegt der Durchschnitt der von Haushalten weggeworfenen Lebensmittel bei 69 Kilo pro Kopf im Jahr.

„Bei diesem Thema muss noch sensibilisiert werden. Die Kampagne ‚Anti Gaspi‘ spielt eine wichtige Rolle“, mahnt der Umweltminister. Aktuell sind im öffentlichen Raum wieder vermehrt Motive der Aktion des Landwirtschaftsministeriums, die zu weniger Lebensmittelverschwendung auffordern soll, zu sehen. Fokus liegt vor allem darauf, nicht zu viele Lebensmittel einzukaufen, sie richtig zu lagern, Informationen zur Haltbarkeit richtig zu interpretieren und Reste zu verwerten – nützliche Informationen, die jedoch bei der Wahl des richtigen Abfallbehälters weniger hilfreich sind.

Kunststoffe machen rund 11 Prozent des Restmülls aus. Obwohl einiges davon Materialien sind, die in den Restmüll gehören, wird auch Verpackungsmaterial entsorgt, das recycelt werden könnte. „Immer noch landen jedes Jahr 17 Millionen Plastikflaschen in den schwarzen Mülltonnen“, erklärte Tim Mirgain von der Umweltverwaltung. Der Beamte gab auch an, dass Luxemburg jedes Jahr 11 Millionen Euro für nicht-wiederverwertetes Plastik an die EU zahlen müsste. Obwohl Plastikrecycling längst nicht

so einfach ist, wie die Industrie es glauben machen mag, ist es eine bessere Alternative als die sogenannte „thermische Verwertung“ – also das Verbrennen von Müll („Das Recyclingmärchen“; woxx 1781).

## Kommt ein Pfandsystem?

Recycling ist bei Getränkeflaschen aus PET ist oft sinnvoll, bei Aludosen ist dies sogar uneingeschränkt der Fall. Trotzdem liegt Luxemburg bei beidem unter den von der EU geforderten Recyclingquoten: mittelfristig 80, langfristig 90 Prozent. „Beim Plastik sind wir zuversichtlich, dass wir das Ziel erreichen werden, aber bei den Dosen sieht es schwierig aus“, gibt Wilmes zu. Während 2024 bereits 77 Prozent der in Verkehr gebrachten Plastikverpackungen recycelt wurden, waren es bei den Dosen nur 43 Prozent. Über ein Pfand auf Getränkeverpackungen denke man nach, so der Umweltminister: „Wir haben den Sektor gebeten, einen Aktionsplan zu erstellen und versuchen, die Sammelquote mit anderen Mitteln zu erhöhen. Aber wir sondieren schon in Gesprächen mit unseren Partnern, etwa im Benelux-Raum, wie so etwas umzusetzen wäre.“

Diese erfreuliche Entwicklung hat sicherlich damit zu tun, dass im „blauen Sack“ beinahe jede Art von Plastik gesammelt werden kann und mit dem Verbot gewisser Einwegplastikgegenstände. Das macht sich allerdings auch anderweitig bemerkbar: Zwar ist die Menge an Papier und Kartonage im Restmüll insgesamt gesunken, jedoch wurden mehr Papiertüten und Imbissverpackungen aus Karton gefunden. Sind diese stark verschmutzt, gehören sie nicht ins Altpapier.

Insgesamt, so verrät der Blick in die Mülltonnen, der turnusmäßig alle drei Jahre erfolgt, gibt es wohl ein Problem mit der Mülltrennung. Aufgrund der komplexen Materie will das Umweltministerium weiter sensibilisieren und verweist auf Flyer und eine entsprechende App („Mäin Offall – Meng Ressourcen“). Auch wenn die Restmüllmenge stets kleiner wird, so produziert Luxemburg enorm viel Abfall: Laut Eurostat wurden 2023 pro Person 712 Kilogramm Siedlungsabfälle produziert. EU-weit sind es nur in Österreich und Dänemark mehr.

## SHORT NEWS

## Recht auf Vergessenwerden im Krankheitsfall

(mc) – „Menschen, die eine schwere Krankheit überwunden haben, dürfen nicht länger diskriminiert werden“, sagte Taina Bofferding (LSAP), letzte Woche Donnerstag bei einer Pressekonferenz zum Gesetzesvorschlag „Recht auf Vergessenwerden“, den ihre Partei bereits im Sommer letzten Jahres eingereicht hatte. Insbesondere beim Abschluss von Restschuldversicherungen für Immobilienkredite komme es trotz medizinischer Fortschritte und sinkender Krebssterblichkeit weiterhin zu Ablehnungen oder hohen Risikozuschlägen für ehemalige Patient\*innen. Dadurch könnten Betroffene häufig keinen Kredit erhalten, obwohl sie als geheilt gelten. Sie würden so trotz überstandener Krankheit faktisch doppelt bestraft, heißt es in der Begründung des Gesetzesvorschlags. Seit 2020 besteht in Luxemburg zwar eine entsprechende Vereinbarung zwischen der Versicherungsbranche und dem Gesundheitsministerium. Ob und wie das Recht auf Vergessenwerden angewendet wird, liegt jedoch im Ermessen der Versicherungsunternehmen. Mit der gesetzlichen Verankerung soll den Betroffenen Rechtssicherheit und die Garantie gegeben werden, nicht mehr bei Versicherern und Banken benachteiligt zu werden. Der Gesetzesvorschlag der LSAP sieht vor, dass ehemalige Krebspatient\*innen ihre Erkrankung nach spätestens fünf Jahren ohne Rückfall nicht mehr angeben müssen. Eine regelmäßig zu aktualisierende Referenztabelle soll den medizinischen Fortschritt berücksichtigen und je nach Krankheitsbild auch kürzere Fristen festlegen.

## Salaire social minimum : ça chauffe !

(fg) – Sous la coalition Frieden, les beaux jours seront-ils désormais synonymes de manifestation syndicale ? L'Union des syndicats, formée par l'OGBL et le LCGB, a en tout cas brandi la menace d'une nouvelle mobilisation dans la rue, lors d'une conférence de presse le 20 mars. Raison de la colère : le retour au dialogue social, espéré avec la nomination de Marc Spautz au ministère du Travail, reste une chimère à leurs yeux. Ça coince sur pas mal de sujets, comme le travail de plateforme ou les implications de l'IA sur l'emploi. Mais la question qui fâche le plus ces jours-ci porte sur la hausse du salaire social minimum (SSM), recommandée par une directive européenne. Le ton est monté mardi 24 mars, quand les syndicats ont quitté une réunion avec le ministre CSV au bout d'une petite heure, au cours de laquelle ils disent avoir été mis face au fait accompli. Alors que tout semblait bien engagé pour une hausse équivalente à 60 % du salaire médian, Marc Spautz a présenté un mode de calcul différent de celui des syndicats, le premier se basant notamment sur des données d'Eurostat et les seconds sur celles du Statec. Avec pour conséquence une hausse de 170 euros, au lieu des 300 revendiqués par les syndicats. Prétextant une situation économique « grave », l'UEL plaide contre une augmentation immédiate du SSM et préconise la mise en place d'une nouvelle procédure d'évaluation. « Nous faisons face à une action concertée entre le gouvernement et le patronat », a accusé Patrick Dury, le président du LCGB, sur 100,7. Ça commence à chauffer !

## Menschenrechte: Verhärtete Fronten im Parlament

(mes) – Am vergangenen Mittwoch lieferten sich die Justiz-, Innen- und Familienkommissionen eine hitzige Debatte über zwei umstrittene Gesetzesprojekte: einerseits den Entwurf für die Kriminalisierung einer „aggressiven Bettelei“, andererseits jenen für einen verschärften Platzverweis. Die LSAP hatte ihre Anfrage bereits vor über vier Monaten eingereicht. Beide Texte werden seit langem von NGOs sowie der Menschenrechtskommission (CCDH) scharf kritisiert (woxx 1840). So seien bestimmte Begriffe nicht klar definiert und die vorgesehenen Strafen zu hoch angesetzt. Der Staatsrat habe ihrem Projekt zur „aggressiven Bettelei“ nun „grünes Licht“ gegeben, verteidigte sich Justizministerin Elisabeth Margue am Mittwoch. Auch Léon Gloden zeigte sich unbeirrt: Vage Begriffe habe man präzisiert und etwas mildere Strafen vorgesehen. Der Innenminister stichelte und erinnerte daran, dass die Idee des Platzverweises auf den damaligen grünen Minister François Bausch zurückgeht. Das sei nicht vergleichbar, reagierte prompt die Opposition: Die vorgeschlagene Verschärfung weite den aktuell gültigen Verweis auf alle öffentlichen Plätze aus. Seinerseits unterstrich Familienminister Max Hahn die sozialen Maßnahmen: „Vor Ende dieses Jahres hoffen wir, den Aktionsplan gegen Obdachlosigkeit zu veröffentlichen. In Luxemburg-Stadt und in Esch werden wir neue Strukturen öffnen oder ausbauen.“ Auch die Zusammenarbeit zwischen der hiesigen und der rumänischen Polizei, um gegen Menschenhandel vorzugehen, verteidigte Gloden erneut. Die CCDH hatte in einer Mitteilung einen solchen Einsatz als repressiv kritisiert, im Kampf gegen Menschenhandel sogar als „kontraproduktiv“.